

DER ROTE BÖRSENKRACH

FANTASIA

Land der sozialen Gerechtigkeit, freien Bildung
und fliegenden Einhörner



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK)

Der Rote Börsenkrach

Der Rote Börsenkrach (RBK) versteht sich als basisdemokratisch arbeitende Gruppe. Diese Gruppe ist offen für alle, die als Teil der Gruppe aktiv werden wollen und ihre Grundsätze mittragen. Die Strukturen zur Entscheidungsfindung spiegeln dieses Selbstverständnis wider.

Eingebettet in den Roten Börsenkrach nimmt die Basisgruppe VWL die Aufgaben der Studienvertretung VWL wahr. In dieser Funktion als Interessensvertretung ist sie ihrer Basis – allen Studierenden der VWL – verpflichtet.

Diese Zeitung

Alle Artikel der Zeitung werden anonym veröffentlicht. Die Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft werden vom RBK-Plenum getragen. Alle übrigen Artikel werden abgedruckt, sofern sie mit den Grundsätzen des RBK kompatibel sind.

Kritikpunkte und sonstige Anregungen zu einzelnen Artikeln können selbstverständlich via stvvwl@univie.ac.at einbracht werden.

Du willst Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft selbst zu Papier bringen und veröffentlichen? Die nächste RBK-Redaktionssitzung findet im Dezember statt.

Ankündigungen und weitere Informationen: www.univie.ac.at/strv-vwl/zeitung/

Inhalt

Editorial und Impressum	3
Schlagzeilen	
Neuer SPL	4
Bakk-Arbeit	4
Neue Curricula	4
Mikrowahnsinn	4
Der 9. November	5
Weshalb, warum und wozu die SoLV?	6
Grenzwertiges	
Das Institut wirbt!	8
RL3 kommt	8
Nachrichten	
Zugangsbeschränkungen	10
Gegenparteitag	13
Abtreten, bitte!	15
Auf der Suche nach dem Romney-Koeffizienten	17
Die Schildburg – ein geheimes Laboratorium	20
Der ultimative Ökonom_innen Selbsttest	22
Why Nations Fail – Eine Rezension	24
Schlagende Argumente – Ein Interview	26
Abbildungsverzeichnis	29



Liebe Menschen,

ein Jahr ist lang und doch zu kurz. Bevor sich das Erscheinen der letzten Ausgabe jährt, werden alle Befürchtungen entkräftet: Der RBK ist wieder da! Vieles ist geschehen im letzten Jahr. Strukturelle und personelle Änderungen im RBK und im Institut bringen frischen Wind auf beiden Seiten und damit neues Konfliktpotential. Während ganz Österreich über die Wehrpflicht debattiert, werden künftige Studierende mit neuen Zugangsbeschränkungen bedroht. StEOP-gequälte Studierende sehen sich zwangsläufig mit ökonomischen Unsinn à la Romney konfrontiert und im gesamten Wirrwarr scheint die SoLV weiterhin als hoffnungsvoller Lichtblick für die Zukunft. All diese Themen werden in dieser Ausgabe behandelt. Gute Unterhaltung und nicht aufs Augenzwinkern vergessen.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer RBK

Unser in der Vergangenheit an dieser Stelle regelmäßig verkündetes Anliegen, das BWZ dem Erdboden gleichzumachen, wird mit dem Abriss des BWZ in absehbarer Zukunft Folge geleistet. Ein weiterer Erfolg des RBK!

Impressum:
Der Rote Medieninhaber, Herausgeber
und Verleger
Christoph Scheuch c./o. Studienvertre-
tung Volkswirtschaftslehre,
Universitätsring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

Schlagzeilen

Neuigkeiten aus dem Institut, der Universität und der Österreichischen Bildungspolitik.

Neuer SPL

Eine neue Studienprogrammleitung (SPL) bedeutet für die Studienvertretung immer Umdenken. Kann man gut mit ihr, wie verhält sie sich bei Anrechnungen, soll das Curriculum abgeändert werden? Nach den ersten Treffen ist die Anspannung fürs Erste weg, die Fronten abgeklärt, man versteht sich. Endlich gibt es auch konstruktive Zusammenarbeit seitens des Instituts.

Bakk- arbeit

Wie manche von euch vielleicht schon vernommen haben, herrscht mit dem neuen Studienprogrammleiter (SPL) Karl Schlag ein etwas raueres Vorgehen, was die Bachelorarbeiten angeht. War es bisher für Studierende der VWL zumindest inoffiziell möglich, sich etwas Zeit mit dem Verfassen der Arbeit zu lassen, wird dieses Semester ein Schlussstrich

gezogen. Ab dem kommenden Semester müssen alle Bachelorarbeiten spätestens bis zwei Monate nach Ende des Semesters abgegeben werden (also bis spätestens 31.3. für das Wintersemester / bis 31.8. für das Sommersemester). Weiters kann man laut geltendem Recht Bachelorarbeiten nur in Seminaren schreiben, die man letztes Semester besucht hat. Es ist also nicht (mehr) möglich, im fünften Semester eine Bachelorarbeit im Rahmen eines Seminars des dritten Semesters zu schreiben.

Für dieses Semester haben wir mit der SPL daher eine Übergangslösung ausgearbeitet: Studierende können innerhalb dieses Semesters Arbeiten im Rahmen von Seminaren beliebiger vergangener Semester schreiben; Zeit haben sie dafür bis Ende Jänner 2013. Die neuen Guidelines sind auf Homepage der SPL zu finden!

Neue Curricula

Noch innerhalb dieses Jahres wird – ausgehend von der SPL Wirtschaftswissenschaften – eine Cur-

ricular-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Was hat es damit auf sich? Eine Curricular-Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Veränderungen innerhalb des Studienplans, insbesondere die Erstellung eines neuen Curriculums. Auch wir, der Rote Börsenkrach, sind als Studienrichtungsvertretung in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist eine komplette Neugestaltung und Neuausrichtung des Bachelorstudiums für das kommende Wintersemester. Eine weitere Curricular-Arbeitsgruppe für den Master-Studienplan steht ebenfalls an. Informationen über den weiteren Verlauf der Arbeitsgruppen und die Möglichkeit sich zu diesem Thema einzubringen gibt es in unseren wöchentlichen Plena.

Mikro- wahnsinn

Es ist immer wieder witzig zu beobachten, wie das Institut versucht seine Tarnvorlesungen zu kaschieren. Nachdem es aufgrund der Beschwerde eines Stu-

dentem (und nein, liebes Institut, das waren wirklich nicht wir!) letztes Semester seitens der Studienspräs eine auf den Deckel gab, konnte der Vorlesungsbetrieb nicht wie bisher fortgeführt werden. Die Übungskurse gibt es offiziell nicht mehr, inoffiziell aber halt doch, eine typisch österreichische Lösung. Doch was tun mit der Gruppenvergabe, wenn die Übung nicht mehr im Univis stehen darf? Ein Doodle, klar, geniale Idee! Sorgen wegen Namen plus korrespondierender Matrikelnummern auf öffentlich zugänglichen Internetseiten haben ja nur Paranoiker_innen. Und dass sich durch die Doodle-Anmeldung nur 30 Leute pro Gruppe anmelden können? Tja, das ist natürlich blöd. Aber es geht noch besser: Alle Teilnehmer_Innen des Doodles konnten sich gegenseitig aus den Gruppen löschen. Mal ehrlich liebes Institut, das ist nicht nur grenzwertig, das ist sogar etwas peinlich.

Der 9. November

Die Regierungsklausur in Laxenburg hatte auch vieles zum Thema Hochschulpolitik zu sagen. Durch eine Neuregelung der Studiengebühren (da ja die jetzige Einhebung ohne rechtliche Grundlage erfolgte) dürfen die Universitäten mehr oder weniger autonom Gebühren einheben. Zusätzlich werden fünf weitere Studienrichtungen beschränkt: Informatik, Biologie und Biochemie, Architektur und Wirtschaftswissenschaften. Wie sich diese Zugangsbeschränkungen auf die VWL auswirken, bleibt noch offen. Aber hier sind sich Institut und RBK einig: Wir wollen keine Zugangsbeschränkungen für VWL! Ob wir auch von den als Trost zusätzlich geschaffenen Professor_innenstellen profitieren, ist ebenfalls offen,

aber unwahrscheinlich. Einen besonders witzigen Aspekt hebt der Bundeskanzler selbst hervor: die Stipendien wurden verbessert. Zukünftig werden die Freibeträge für die Studienbeihilfe erhöht. Damit bekommen rund 20.000 Studienbeihilfebezieher_innen bis zu 155€ pro Jahr mehr an Stipendium. Ein großer Wurf? Es ist zu bezweifeln, dass der Effekt von zusätzlichen 13€ pro Monat für einen Teil der Studienbeihilfebezieher_innen die präkere Lage vieler Studierenden ändern wird. So lange nicht an der tatsächlichen Höhe gedreht wird (wie wärs mit Inflationsanpassung?), wird sich auch das notgedrungene Arbeitsangebot der Studierenden nicht verringern. Sie werden weiterhin nicht schneller sein beim Studium und der Mittelwert der Studienzeit wird weiterhin zu hoch sein. Und darum geht's ja eigentlich, oder?

Abb. 1: Es wird wieder
gebakken!



Weshalb, warum und wozu die SoLV?

Die selbstorganisierte Lehrveranstaltung (SoLV) ist nun sechs Semester alt geworden. Seit dem Sommersemester 2010 wird am Institut für Volkswirtschaftslehre eine Lehrveranstaltung von den Studierenden zur Gänze selbst organisiert, also sowohl Inhalte als auch Vortragende werden von den Studierenden bestimmt und eingeladen. Die Möglichkeit wurde durch Verhandlungen mit dem VWL-Institut während der Studierendenproteste im Herbst 2009 eröffnet und ist, dank breiter Begeisterung auf Studierenden- und Lehrendenseite, seitdem ein fixer Bestandteil des VWL-Vorlesungsverzeichnisses.

Der Konsens in der Theorie

Die SoLV soll grundsätzlich versuchen, in den Studienplänen laut Studierenden fehlende Inhalte zu kompensieren und eine interdisziplinäre und pluralistische Herangehensweise an die Volkswirtschaftslehre zu fördern. Im Laufe des Studiums an unserem Institut kann der Eindruck entstehen, die Volkswirtschaftslehre stehe auf einem konsensualen Grundstock und theoretische Uneinigheiten bestehen nur innerhalb dieses Rahmens. Unter diesem ökonomischen Mainstream fallen beispielsweise die neoklassische

Mikroökonomie oder neukeynesiansische Makroökonomie, die an unserem Institut gelehrt werden.

Es gibt andere Schulen

Tatsächlich gibt es aber andere wirtschaftswissenschaftliche Schulen, deren Zugang zur Ökonomie sich oft fundamental unterscheidet. Im Bereich der Mikroökonomie wächst unter anderem die Zahl an kritischen experimentellen Ökonom_innen, die zeigen wollen, dass die Voraussagen der Standardmikrotheorie überdacht werden müssen. Dieser Zugang wird an unserem Institut derzeit durch die aktuelle Besetzungspolitik der Lehrstellen in großem Maße gefördert. Aber auch in der Makroökonomie stehen viele Ökonom_innen dem Mainstream kritisch gegenüber. Abseits von langfristigen Gleichgewichten sind kurz- und mittelfristige Instabilitäten auf der Makroebene ein theoretisch umkämpftes Gebiet. Als wichtiges Beispiel ist die wachsende postkeynesianische Schule zu sehen, die hier alternative theoretische Ansätze, welche oft im Gegensatz zur Mainstreamtheorie stehen, in politische Entscheidungsprozesse einbringt.

....und nicht nur die VWL

Oben genannte Zugänge sind nur zwei Beispiele für Theorien, welche in kritischer Auseinandersetzung mit klassischen Lehrinhalten stehen. Die SoLV dient aber auch dazu, interdisziplinären Zugängen Raum zu bieten. Politikwissenschaftliche, philosophische oder soziologische Auseinandersetzung mit Themen der Volkswirtschaftslehre sollen ebenso einfließen, während in anderen Fragen - beispielsweise der Umweltökonomie - Erkenntnisse aus den Lebenswissenschaften die ökonomische Sichtweise bereichern können. Gerade in Anbetracht der zahlreichen Krisenerscheinungen, denen unsere Gesellschaft insbesondere aus ökonomischer und ökologischer Sicht ausgesetzt ist, scheint die Zeit gekommen, unsere bisherigen Theorien über die Wirtschaft im Speziellen und die Welt im Allgemeinen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Aus der Geschichte der Wissenschaft wissen wir, dass ein solches Umdenken selten im Umfeld des herrschenden Paradigmas zu erwarten ist. Dies verpflichtet geradezu, einen Blick über den neoklassischen Tellerrand zu werfen.

Vergangene SoLV: Die Krise

Letztes Semester haben wir uns in dieser kritischen Weise der Frage nach den Ursachen und Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gewidmet. Die Analyse der Krise fristet an den meisten Unis ein Schattendasein innerhalb der Lehre, obwohl sie die Sichtweise auf unser Wirtschaftssystem doch in ähnlicher Weise erschüttern sollte, wie es das Jahr 1929 tat, als in der Folge Lord Keynes die Instabilität der Märkte zum Thema der VWL machte. Vortragende aus unterschiedlichsten Interessens- und Fachgebieten versuchten mit uns zunächst den Verlauf der Krise nachzuzeichnen, um danach einzelne Krisenerscheinungen (Staatsschuldenkrise, Krise des Sozialstaats, etc.) einer genaueren Analyse zu unterziehen. Unsere als Ringvorlesung konzipierte Lehrveranstaltung wurde von den Studierenden einhellig positiv aufgenommen. Wir hoffen, dass wir unserem Anspruch gerecht werden konnten, ein differenziertes und umfassendes Bild aktueller Problemlagen zu liefern und bedanken uns herzlich für das zahlreiche Erscheinen.

Aktuelle SoLV: Growth, Distribution and Wage Policy

Die SoLV im Wintersemester 2012 legt den Fokus rein auf post-keynesianische Makrotheorie. So werden die Themenblöcke Wachstum, Einkommensverteilung und Lohnpolitik im Licht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise mit meist post-

keynesianischen Modellen analysiert und deren Unterschied zur Mainstreammakroökonomie diskutiert. Mit Marc Lavoie (Ottawa) und Engelbert Stockhammer (London) konnten zwei international renommierte Ökonomen aus diesem Forschungsfeld für die Lehrveranstaltung gewonnen werden. Zum ersten Mal werden im Zuge dessen auch formal anspruchsvollere Theorien auf Masterniveau mit Hilfe der SoLV vermittelt.

Es geht weiter

Die SoLV ist als Chance zu sehen, den eigenen Blickwinkel auf die Lehrinhalte zu vergrößern und einen kritischen Umgang damit zu lernen. Da jede angebotene SoLV bis dato mit einer großen

Nachfrage belohnt wurde, unterstreicht dies auch die Wichtigkeit einer derartigen Lehrveranstaltung. Nachdem wir zu Beginn intensiv zusammengearbeitet haben, haben mittlerweile auch die Studierenden der Wirtschaftsuniversität erreicht, eine eigene SoLV organisieren zu können. Da das Projekt kommendes Semester fortgeführt wird, wird die Planung für die nächste SoLV bald beginnen. Wenn du Vorschläge hast für die Inhalte oder auch gerne mitorganisieren willst, dann melde dich so bald wie möglich beim RBK.

Weitere Informationen unter: www.univie.ac.at/strv-vwl/selbstorganisierte-lehrveranstaltung/

Abb. 2 : Die Krise nervt!



Grenzwertiges

Kritik an Instituts- und Universitätspolitik.

Das Institut wirbt!

Auf uniview, der Online-Zeitung der Universität Wien, findet man unter dem Namen „Die ProblemlöserInnen der Volkswirtschaftslehre“ ein Interview mit Monika Merz, Karl Schlag und zwei „willkürlich auserwählten“ VWL-Studierenden. Das Interview als solches dient der Präsentation des VWL-Instituts nach außen und ist dementsprechend zu lesen. Hellhörig wurden wir allerdings bei den Aussagen der beiden Studierenden. Laut diesen werde die Krise nämlich „in vielen Vorlesungen behandelt“ und „viel darüber mit unseren ProfessorInnen“ diskutiert. Wir bedanken uns herzlichst für die „Erwähnung“ der SoLV zur Krise, welche der RBK letztes Semester organisiert hatte – leider nur implizit. Jedoch kann man eine flüchtige Erwähnung der Krisenthematik am Rande einer Pflichtvorlesung wohl kaum als ausschöpfende Behandlung der größten Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren werten. Um es nochmals klar zu formu-

lieren: Im Artikel wird suggeriert, die Krise nimmt im Studienplan der VWL einen wichtigen Stellenwert ein. Dies ist eindeutig NICHT der Fall. Die Krise nimmt in den Pflichtfächern nicht einmal einen erwähnbaren Stellenwert ein. Es ist für das Institut eigentlich mehr als peinlich, dass sich seine eigene Studienvertretung im Rahmen einer dezidierten SoLV darum kümmern muss.

RL3 kommt

Wer am Anfang des Semesters in alter Gewohnheit auf die Stiege 7 zusteuerte, um dort die Stv VWL aufzusuchen, stand vor verschlossenen Türen. Die alte Schildburg ist tot, es lebe die neue Schildburg! Jedoch sollte mensch sich nicht zu sehr an die neuen geräumigen Räumlichkeiten gewöhnen, steht doch nächstes Jahr eine Zäsur bevor, welche uns erneut zum Kofferpacken zwingen wird. Das Institut für Volkswirtschaftslehre übersiedelt mit Anfang des Wintersemesters 2013/14 in seine neuen Räumlichkeiten an der Roßauer Lände 3 (RL3). Der RBK steht dem Umzug gelinde gesagt

skeptisch gegenüber. Zwar konnte in äußerst zähen Verhandlungen mit den Projektverantwortlichen zumindest ein Kammerl in Größe der alten Schildburg bei der Stiege 7 erkämpft werden, dennoch sind wir nicht begeistert unsere Räumlichkeiten im altherwürdigen und zentral gelegenen Hauptgebäude verlassen zu müssen. Vor allem die Art und Weise wie der Umzug bis jetzt von statten ging, lässt uns kritisch bleiben. So wurden die ÖH WIWI im Allgemeinen und die STV VWL im Speziellen durch systematische Desinformation von der Projektplanung de facto ausgeschlossen. Bei der Gestaltung des neuen Gebäudes hatten wir als Studierendenvertreter_innen nichts mitzureden, wochenlang stand auch im Raum, dass wir zukünftig in einem unzumutbar kleinen Raum unsere Arbeit verrichten müssen.

Ende gut, alles gut? Mitnichten! Wurden doch die Lehrenden mit Büros im neuen Gebäude bereits aufgefordert, nicht zu viele Bücher mitzunehmen, da dies die Statik des Turms beeinträchtigen könnte. Positiv betrachtet könnte sich der Weg von der Dachcafeteria zur im Keller gelegenen Bibliothek also spontan verkürzen.

**Mein Name
ist Bonds.**



Euro Bonds

Anleihe 007

Eine ökonomische Betrachtung von Zugangsbeschränkungen

Wie sich der freie Hochschulzugang mit ökonomischer Theorie verteidigen lässt - oder auch nicht.

Einleitung

In der aktuellen Diskussion über Zugangsbeschränkungen (Zu-GaBen) auf Hochschulen in Österreich werden ökonomische Argumente bisweilen zu wenig berücksichtigt. Wir wollen mit unserem Artikel und den Standardinstrumenten der Volkswirtschaftslehre einige mögliche Argumente beleuchten und die ökonomische Sinnhaftigkeit von Zugangsbeschränkungen untersuchen. Zuerst bewegen wir uns auf mikroökonomischer Ebene unter Berücksichtigung von unterschiedlichen Präferenzen und Budgetbeschränkungen und unvollständiger Information unter heterogenen Gruppen von Studierenden. Anschließend stellen wir mögliche mikrofundierte makroökonomische Effekte von Zu-GaBen im Bezug auf Österreich dar. Diese Analyse bildet dann unsere Basis um ZuGaBen auch aus ökonomischen theoretischen Überlegungen abzulehnen.

Präferenzen und Budget

Für die mikroökonomischen Effekte von ZuGaBen betrachten wir zuerst die Auswirkungen auf individuelle Studierende. Wir nehmen an, dass alle Hochschulen in öffentlicher Hand sind, Stu-



Abb. 3: Uniabschluss - der Traum vom großen Geld

dierende Präferenzen über ihre Studienwahl und eine Budgetbeschränkung, die von Zeit- und Geldfaktoren beeinflusst wird, haben. Bei einer freien Studienplatzwahl, i.e. es fallen neben Opportunitätskosten keine zusätzlichen Kosten bei der Auswahl des Studiums an, können individuelle Studierende bei gegebenen Präferenzen problemlos ihr Nutzenmaximum erreichen (natürlich unter der Annahme, dass ausreichend Studienplätze verfügbar sind, um alle Entscheidungen zu befriedigen). Durch die Einführung von ZuGaBen kommt es zu einem beträchtlichen Kostenanstieg für die individuellen Studierenden. Sowohl die direkten Kosten, i.e. etwaige Anmeldegebühren und

zeitintensive Prüfungen, als auch die indirekten Kosten, i.e. das Investieren in Vorbereitungskurse und Lernen für Prüfungen, nehmen zu und können ceteris paribus somit zu einer Verschiebung der Budgetbeschränkung nach unten führen. Dies bedeutet, dass zuvor optimale Entscheidungen von den individuellen Studierenden womöglich nicht mehr erreicht werden können. Sollten die zusätzlichen Kosten keinen Effekt auf die Budgetbeschränkung haben - etwa dank Subventionen aus dem elterlichen Haus oder gar dank Lottogewinne - besteht weiterhin das grundsätzliche Pro-

blem der restringierten Studienplätze. Auch monetär unbekümmerte Studierende können somit womöglich bei gleichen Präferenzen nicht ihre optimale Studienentscheidung wiederholen. ZuGaBen scheitern somit grundsätzlich an der Pareto-Effizienz.

Informationsprobleme

Als zentrales Problem unter den Studienanfänger_innen wird oft die Unsicherheit bezüglich Studienwahl betont. Sollte sich nach wenigen Semestern herausstellen, dass das Studium doch nicht den Präferenzen entspricht (oder sich gar die Präferenzen verändert haben), verursacht die Wahl eines neuen Studiums in gewisser Weise unnötige Kosten für die öffentliche Hand. ZuGaBen sollen hier Anreize liefern, konsistentere Erwartungen im Bezug auf die Präferenzen über die zukünftige Studienwahl zu bilden. Grundsätzlich besteht hier das Problem der Benachteiligung bildungsferner Schichten. Die asymmetrische Informationsverteilung zwischen Studierenden aus bildungsnahen und bildungsfernen Schichten wird durch ZuGaBen keinesfalls gelöst. Ob der zusätzliche Druck, sich für das richtige Studium auf Antrieb zu entscheiden, und die zusätzlichen Kosten, die vor Studienbeginn anfallen können, die Probleme der Erwartungen und Information lösen können, halten wir für fragwürdig.

Selection Bias

Des Weiteren haben die höheren privaten Kosten aus dem Ge-

sichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit einen zusätzlichen negativen Effekt. Finanziell weniger privilegierte Studierende leiden überdurchschnittlich unter ZuGaBen. Als größter Faktor kann hier die Leistbarkeit von Vorbereitungskursen für Aufnahmeprüfungen gesehen werden, die meist außerhalb des möglichen Bereichs für Studierende aus ärmeren Schichten liegen. Gemäß den bisherigen empirischen Ergebnissen (s. Studierendensozialerhebung 2011), erwarten wir ein Sinken des Grades an sozialer Durchmischung an den Universitäten, i.e. Studierende aus niedrigeren sozialen Schichten werden systematisch benachteiligt und ausgegrenzt (unter der durchaus legitimen Annahme, dass das Stipendiensystem in seiner jetzigen Form unverändert bleibt). Dieser Selection Bias ist aus ökonomischer und verteilungsgerechter-politischer Sicht nicht wünschenswert.

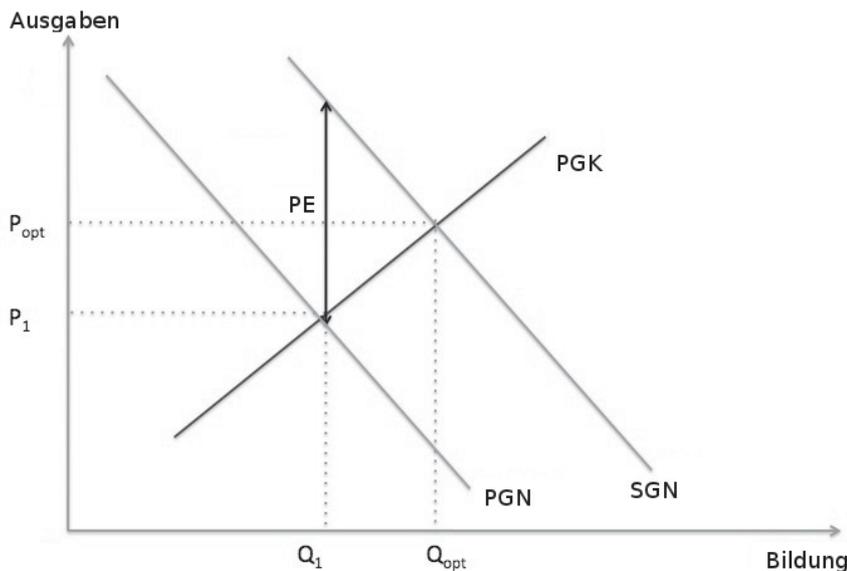
Substitutionseffekt

Nach der Einführung von ZuGaBen können die anfallenden Hürden eventuell einen Substitutionseffekt auslösen. Manche Studierenden sehen womöglich im Lichte eingeschränkter Rationalität einen sofortigen Einstieg in das Berufsleben als attraktiver sehen und somit die Studienwahl mit Arbeit substituieren. Dies kann auch nur für kurze Zeit erfolgen, beispielsweise um die Investition in Vorbereitungskurse zu ermöglichen. Zusammenfassend betrachtet können ZuGaBen auf mikroökonomischer Ebene prob-

lematische Wirkungen haben, die leicht vermieden werden können. Diese möglichen Effekte können auch makroökonomische Implikationen mit sich bringen.

Makroökonomische Aspekte

Der freie Hochschulzugang birgt theoretisch die Gefahr, zu einer „Tragedy of the Commons“ (Hardin 1969) zu werden. Eine Allmende (Common) wird dadurch charakterisiert, dass niemand ausgeschlossen werden kann und die Nutzung rivalisierend ist - d.h. niemand kann daran gehindert werden, sich zu inskribieren, während gleichzeitig - salopp gesagt - auf einer Bank im Hörsaal nur eine begrenzte Anzahl von Sitzorganen Platz haben. Hardin gibt in seiner berühmten Arbeit den Rat, die Allmenden entweder zu privatisieren oder durch staatliche Kontrolle (Gesetze, Steuern, Eigentumsrechte) den Zugang zu ihnen zu regeln. Insofern würde es auf ersten Blick logisch erscheinen, die Allmende „Hochschule“ zu beschränken. Oder gleich zu privatisieren. Beides ist in näherer Vergangenheit geschehen (schon Beschränkte Studien: Medizin, Veterinärmedizin, Zahnmedizin, künstlerische Fächer, Psychologie, Publizistik; Privatisierung: Privatunis, zu einem gewissen Teil FHs). Dass die Versuchung, in den Universitäten eine Allmende zu sehen, zu kurz gegriffen ist, zeigen auch die empirischen Daten: Während gewisse politische Akteur_innen versuchen, apokalyptische Bilder an die Wand zu malen („Deutsche trampeln unsere Unis nieder“, „Deutsche Stu-



PE = positive Externalität, PGK = private Grenzkosten,
 PGN = privater Grenznutzen, SGN = sozialer Grenznutzen

zenten überschwemmen mit dem EU-Plazet in der Tasche unsere überfüllten Unis“, beides Krone vom 27.10.2012) explodieren die Studierendenzahlen nicht, sondern wachsen seit drei Jahrzehnten mit etwa 2,7%. Das liegt unter dem nominellen BIP-Wachstum von durchschnittlich etwa 4,5% im selben Zeitraum (alle Zahlen von Statistik Austria 1982-2011).

Positive externe Effekte

Wenn Güter positive externe Effekte besitzen, liegt der private Nutzen unter dem gesellschaftliche Nutzen. Um als wohlwollende Diktator_innen, die wir ja sind, das gesellschaftliche Optimum zu erreichen, müssen wir deshalb als Staat das betroffene Gut subventionieren. Bildung ist ein solches Gut, denn die positiven externen Effekte sind mannigfaltig und unübersehbar: Niedrige Arbeitslosigkeit, höhere Einkommen und deshalb höhere Steuereinnahmen (siehe unten), Stärkung des De-

mokratierverständnisses und der Partizipationsrate am politischen Geschehen, Forschungs- und Innovationsbooms etc. Zugangsbeschränkungen zeugen deshalb von einem lächerlichen Missverständnis einfachster Diagramme (außer jemand will uns einreden, Bildung hat keine oder gar negativer externe Effekte).

Finanzwissenschaftliche Aspekte

Ein sogenanntes Totschlagargument (genannt so, weil sich der/die Argumentierende sich damit selber tot schlägt) sind die Kosten: „Es können nicht Alle studieren, das kann sich der Staat nicht leisten“ u.ä. lauten die Ausrufe. Als Wissenschaftler_innen, Ökonom_innen und Menschen können wir solche Lügen nicht ungestraft hinnehmen. Im Gegenteil haben Ausgaben im tertiären Bereich eine derart hohe Rendite, da können sich diese Superderivatemortgages eine Scheibe abschneiden:

Die OECD-Studie „Education at a Glance“ rechnet vor: Der „net present value“ eines/einer Absolvent_in beträgt 132 103 Dollar (2011). Das heißt: Für Alle, die fertig studieren, bekommt der Staat Österreich 132 103 Dollar mehr zurück, als er ausgibt. Das hat vor allem durch das höhere Einkommen mit Abschluss zu tun. Egal ob man also einen ideologischen Anspruch an einer möglichst gebildeten Bevölkerung hat oder den Staat wie ein Unternehmen führen will - Investitionen in Bildung sind in beiderlei Hinsicht lukrativ.

Conclusio

Zusammenfassend betrachtet sind ZuGaBen aus ökonomischer Sicht abzulehnen. Zur Untermauerung dieses Ergebnisses werden jedoch in künftigen Ausgaben noch empirische Ergebnisse folgen. Beispielsweise liefern „Education at a Glance“ (S. 184) und „OECD Economic Studies No. 33, 2001/II“ theoretische und empirische Argumente für einen positiven Zusammenhang zwischen Ausbildung und Wirtschaftswachstum. Auch kann aus soziologischer Sicht befürchtet werden, dass der zusätzliche Druck, der auf das Niedrig- und Mittel-lohnsegment durch ein erhöhtes Arbeitsangebot entstehen kann, einen negativen Effekt auf den sozialen Frieden mit sich bringen. Revolutionen, soziale Unruhen und somit erhebliche Effizienzverluste sollten aus ökonomischer Sicht womöglich vermieden werden. In dieser Hinsicht hoffen wir aber auf weitere Untersuchungen.

Gegenparteitag liest SPÖ die Leviten



Mit glänzenden Augen und über das ganze Gesicht strahlend, verließ unsere Reporterin den abgeschlossenen Gegenparteitag der SPÖ am Vormittag des 12. Oktober und verkündete: „Der heutige Tag wird in die Geschichte eingehen!“

Am Vortag des 50. Bundesparteitages der SPÖ in St. Pölten, tagte die Partei vor der Universität Wien, um im öffentlichen Raum ihre Beschlüsse zum Thema Bildungspolitik und Hochschulreform vorzustellen. Die kurzfristig angekündigte Veranstaltung lockte MedienvertreterInnen der heimischen und internationalen Presse, so wie zahlreiche interessierte BürgerInnen. Gespannt erwarteten die ZuschauerInnen eine offizielle Stellungnahme zu einem „Presse“-Artikel vom 3.10. Laut diesem dürfte sich die Regierung auf die Zugangsbeschrän-

kung von weiteren Studienrichtungen geeinigt haben.

Doch bereits in seiner Begrüßungsrede, sprach sich Parteivorsitzender Werner Failman für die Aufrechterhaltung des freien Hochschulzugangs aus: „Hochschulbildung hat gesamtwirtschaftliche Vorteile, deren Wert, vor allem in konjunkturschwachen Zeiten wie diesen, in Vergessenheit geraten zu scheinen. Kurzfristig und ökonomisch unüberlegt, wird der Hochschulbildung von vielen politischen Machträgern zu wenig Priorität eingeräumt. Es ist Aufgabe einer guten Regierung dies zu verhindern und sich gegen jegliche Maßnahmen zu stellen, die jungen Menschen den Hochschulzugang und Hochschulabschluss erschweren könnten.“ Abschliessend zitierte Failman aus dem OECD Bericht *Bildung auf einen Blick 2012*: „In

Abb. 4: Blockadepolitik im Bildungssystem – nicht mit uns!“

Österreich liegt die Akademikerinnenquote mit 19% weit unter dem OECD Durchschnitt (31%). Bei den 25-34 Jährigen verfügen nur 21% über einen Hochschulabschluss. Schlechter schneidet im OECD Ranking nur die Türkei ab (17%). Das kann so nicht weitergehen!“

Von 10:30 bis 11:00, stellten Failman und sein Team fünf Beschlüsse vor, die in einer eigens dafür einberufenen Arbeitsgruppe erarbeitet worden waren. Mitglieder der Arbeitsgruppe und Podiumsgäste waren: Bundeskanzler Werner Failman, Salzburger Landeshauptfrau Gabi Schlosstaller, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günter Krautsalat, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Tudas und Klubvorsitzender der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion Josef Cap.



Abb. 5: Der nach-nach-nach-Nachfolger von Bruno Kreisky mit Gabi Schlosstaller in Siegesstimmung

Die Beschlüsse

Sämtliche Beschlüsse wurden vom Parteitag einstimmig angenommen und sollen in Koalitionsverhandlungen mit Regierungspartnern verteidigt werden.

1. Beschluss: Freier Hochschulzugang

Failman präsentierte den ersten Beschluss: „Die SPÖ beschließt, alle bestehenden Zugangsbeschränkungen abzuschaffen. Das betrifft die Aufnahmeprüfungen an den FHs, PHs, Kunstuniversitäten, die Studien Humanmedizin, Veterinärmedizin, Zahnmedizin, Psychologie, Publizistik, Informatik und alle versteckten Zugangshürden wie STEOP, Knock-Out-Prüfungen, etc. Wir können es nicht länger hinnehmen, dass noch immer das Geld-

börsel der Eltern über die Chancen unserer Kinder entscheidet.“

2. Beschluss: Umsetzung von Forum Hochschule

„Die SPÖ beschließt, Forum Hochschule als gültigen Hochschulplan anzuerkennen und es Punkt für Punkt umzusetzen. Wir erkennen die Expertise der Studierenden und Lehrenden an und werden nicht mehr über ihren Kopf hinweg entscheiden!“

3. Beschluss: 3 Hochschulmilliarden

Die SPÖ beschließt, jährlich 3 Milliarden Euro mehr für die Hochschulen auszugeben. Das ist eine Koalitionsbedingung. Denn wir können uns es nicht mehr leisten, so wenig Akademiker_innen zu haben. Außerdem können wir damit das Ziel der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit

erreichen.

4. Beschluss: Anpassung des Beihilfensystem

Die SPÖ beschließt, endlich das Beihilfensystem an die Realität der Studierenden anzupassen. Das heißt: Sowohl Studienbeihilfe und Familienbeihilfe werden dramatisch erhöht und automatisch an die Inflation angepasst, Familienbeihilfe direkt an die Studierenden ausgezahlt. Studierende sollen sich ein Studium leisten können, egal wie viel Geld ihre Eltern haben!

5. Beschluss: Nie wieder Studiengebühren!

Die SPÖ beschließt, sich nie wieder für die Einführung von Studiengebühren einzusetzen. Denn Studiengebühren führen zu Ökonomisierung von und sozialer Selektion an den Universitäten. Auch ein Kreditfinanzierungssystem könne dies nicht beheben. Studienkredite bedeuten Risiko und eine private Verschuldung, was vor allem in konjunkturschwachen Perioden, aber auch langfristig zu einer Reduzierung der AkademikerInnenquote führt.

Abtreten, bitte!

Die Frage der Abschaffung der Wehrpflicht wird bald Gegenstand einer Volksbefragung werden. Ökonomische Argumente für ihre Beibehaltung gibt es kaum.

Europaweit ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. Sie gilt inzwischen nur noch in sechs EU-Staaten. Dies hat selbstverständlich vor allem nicht-ökonomische Gründe. Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts ist Europa nicht mehr ein Kontinent, wo sich an den Grenzen Feinde gegenüberstehen. Vielmehr haben sich die Prioritäten der Heere hinzu vermehrten Auslandseinsätzen in Krisenregionen verschoben, welche hochprofessionalisiertes Personal notwendig machen. Im Zuge dieser Entwicklung wird die Zwangsrekrutierung zum Dienst an der Waffe nun auch in Österreich in Zweifel gezogen, wofür es durchaus schlagkräftige ökonomische Argumente gibt

Die Wehrpflicht ist ökonomisch höchst zweifelhaft

Durch die Zwangsverpflichtung von jungen Menschen entstehen volkswirtschaftliche Verluste, die nicht im Staatshaushalt aufscheinen. An oberster Stelle steht natürlich die ineffiziente Personalverwendung. Es ist weithin akzeptiert, dass gutausgebildete Profis die ihnen zugeteilten Tätigkeiten effizienter und auf einem höheren Qualitätsniveau verrichten können. Werden junge Men-

schen mit ihren verschiedensten Begabungen und Kenntnissen zu einer militärischen Ausbildung gezwungen, verursacht das Opportunitätskosten. Geplante Ausbildungsphasen oder ein möglicher Berufseintritt müssen somit aufgeschoben oder unterbrochen werden. Diese „verlorene Zeit“ verursacht Wohlfahrtsverluste, die während der gesamten Erwerbsbiographie nicht aufgeholt werden können.

Darüber hinaus sind die ausgebildeten Grundwehrdiener, sofern sie sich nicht einer weiteren militärischen Ausbildung unterziehen, für die heute stark professionalisierte Landesverteidigung nicht zu gebrauchen. Die natürlich nicht kostenlose Ausbildung eines Wehrpflichtigen ist also in den meisten Fällen keine gute Investition in die Landesverteidigung. Für den Katastrophenschutz, welcher in kurzen Zeiträumen größere Personalreserven benötigt, könnte ein freiwilliger Dienst ähnlich einem Milizsystem angedacht werden. Die Mitglieder würden außerhalb des Krisenfalls eine geringe Entlohnung erfahren, jedoch bei Einsätzen mit einem sehr guten Gehalt entschädigt werden. Überschüssige Kapazitäten, wie wir sie im Moment beim Heer vorfinden, könnten somit vermie-

den werden. Ein weiteres mit der Wehrpflicht verbundenes Problem ist das sogenannte „overmanning“. Die (scheinbar) geringen Personalkosten führen hierbei zu einem Missverhältnis in der Allokation zwischen Kapital und Arbeit. Dies geschieht, weil die Entlohnung der Grundwehrdiener weit unter dem eigentlichen Marktpreis erfolgt und somit das Preisverhältnis zu Ungunsten von Kapitalinvestitionen verzerrt wird. Dementsprechend leidet das Heer - auch in Österreich - unter massivem Personalüberschuss und einer dahinsiechenden Infrastruktur.

Probleme bei der Einschätzung der Kosten

Klare Aussagen über eventuelle Mehrkosten bei Einführung eines Berufsheers sind kaum zu treffen. Bei gleichbleibendem Personalstand würde es ohne Frage zu höheren Personalkosten kommen, da auch das Heer nun Arbeitskräfte über marktgerechte Löhne auf dem Arbeitsmarkt anwerben müsste. Diese Annahme ist jedoch äußerst kritisch zu betrachten, da durch die spezialisierten Arbeitskräfte viele Stellen überflüssig werden. Neben den neu entstehenden Werbungskosten stellen natürlich die arbeitsrechtlich stark geschützten Verträge

vieler HeeresmitarbeiterInnen ein praktisches Problem bei der Umstrukturierung dar. Sollte der Umstieg auf eine Freiwilligenarmee im Schnellverfahren geschehen, steht zu befürchten, dass für die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte keine adäquate Ersatz-

Politik - also wir alle, welchen Stellenwert wir der Landesverteidigung zukommen lassen: einerseits durch unser aktives Engagement, andererseits über das gewünschte Steueraufkommen, welches wir dieser Aufgabe zu rechnen wollen.

soziale Dienstleistungen, welcher durch die billigen Zivildienster untergraben wird. Somit kann der Zivildienst ohne weiteres als Grund angeführt werden, wieso das Lohnniveau auf dem Sozialsektor weiterhin niedrig ist. Auch mögliche Rekrutierungsproble-



Abb. 6: Gardisten bei der Heeresleistungsschau am Heldenplatz

beschäftigung gefunden werden kann und es somit, weil Neuanstellungen budgetär nicht möglich sind, zu einer starken Überalterung des Personals kommt, was mit hohen Mehrkosten verbunden ist. Wichtig ist jedoch an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass die Wehrpflicht die oben angeführten Wohlfahrtsverluste verursacht, welche vom Helsinki Center of Economic Research für OECD-Staaten auf durchschnittlich 0,25 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung geschätzt wurden. Nicht zu vernachlässigen sind die bestehenden Rekrutierungsprobleme in zahlreichen Staaten, welche auf ein Berufsheer umgestellt haben. Aus ökonomischer Sicht gibt es jedoch nicht wirklich Argumente, wieso dieses Problem mit einer angemessenen Bezahlung nicht in den Griff zu bekommen sein soll. Letztlich entscheidet ohnehin die

Der Zivildienst - ein fragwürdiges Argument

Viele Kritiker ziehen die Sinnlosigkeit des Grundwehrdienstes gar nicht in Zweifel, sind aber dennoch für seine Beibehaltung, da dieser eine notwendige rechtliche Bedingung für einen verpflichtenden Sozialdienst (Zivildienst) darstellt. Ohne auf die ethische Frage näher einzugehen, ob man junge Staatsbürger zu einem weitgehend perspektivenlosen Kasernenaufenthalt zwingen darf, um den als Ausnahme konzipierten Ersatzdienst zu rechtfertigen, ist der Zivildienst selbst ökonomisch zu hinterfragen. Klarerweise treten auch bei ihm die vorgestellten Probleme wie hohe Opportunitätskosten und overmannig auf. Gleichzeitig gibt es im Gegensatz zum öffentlichen Gut Landesverteidigung im Gesundheitswesen auch einen parallelen Markt für

me von sozialen Organisationen halten mitnichten einer genaueren Prüfung stand. Eine marktergänzende Bereitstellung dieser Dienstleistungen sollte im Sinne der Steuergerechtigkeit von der Allgemeinheit finanziert werden und nicht im Rahmen einer Naturalsteuer in Form von billiger Arbeitszeit, welche der verpflichtende Sozialdienst darstellt, auf die Schultern junger Männer abgeschoben werden .

Insgesamt liefern die hier aufgeführten explizit rein ökonomischen Argumente wenig Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und lege nahe, dass auch Österreich davon profitieren würde, seine Jugend beispielsweise an die Universitäten anstatt in den Kasernen zu schicken.

Steuerträume

Auf der Suche nach dem Romney-Koeffizienten

Den AmerikanerInnen ist durch die Wiederwahl Obamas ein sehr „fantasievolles“ Steuerprogramm erspart geblieben. Allerdings, noch hat das republikanische Repräsentantenhaus da nicht noch ein Wörtchen mitzureden und der demokratische Senat ein bisschen umzufallen hat.

Republikanische Visionen

Mitt Romney – wofür sein Name steht ließ sich im Wahlkampf nur schwer beantworten. Allerdings muss man das nun auch nicht mehr herausfinden. Bei Paul Ryan, seinem Vizepräsidentschaftskandidaten, ist dies schon



Abb. 7: Too young, too smart, too “fesch” to be elected: Paul Ryan

etwas leichter. Er wäre von Romney wohl auch nicht ins Boot geholt worden, hätte er sich in den vergangenen Jahren nicht konse-

quent als Budgetexperte der Republikaner profiliert. Bei ihm ist es auch unwahrscheinlich, dass er die politische Bühne nach der verlorenen Wahl verlassen wird.

In Romneys aktuellem Programm war indes große Kontinuität zu Ryans früheren Entwürfen erkennbar. Zentral an allen Vorschlägen ist der Grundsatz, das Budget ausschließlich ausgaben-seitig sanieren zu wollen.

Im Bereich der Steuerpolitik baut das Romney/Ryansche Wahlprogramm nun auf drei Grundpfeilern auf. Es beinhaltet 1) niedrigere Steuersätze, 2) konstante Steuereinnahmen durch Ausdehnung der Bemessungsgrundlage und 3) keine Umverteilung der Steuerlast von besser zu schlechter verdienenden Haushalten. Vor allem keine zusätzliche Belastung der Mittelschicht.

Eine nüchterne Überlegung

Tatsächlich, so könnte ein kühler Verstandesmensch einwenden, habe man es hier mit einem magischen Dreieck zu tun. Alle drei Eckpunkte seien nicht gleichzeitig realisierbar. Diese Sicht wird zumindest durch eine vielzitierte Studie des unabhängigen Tax Policy Center (TPC) nahegelegt. Dieses hat versucht die fiskali-

schen und verteilungspolitischen Konsequenzen von Romneys Wahlprogramm aufzuzeigen. Ein Romneysches Steuerpaket hätte auf jeden Fall folgende Gesichtspunkte umfasst: Senkung der Einkommenssteuersätze um 20% (NICHT Prozentpunkte), die verschiedenartige Bevorzugung von Gewinneinkommen bleibt zumindest unangetastet, Haushalte unterhalb einer gewissen Einkommensgrenze (bei Ehepaaren 200 000\$) zahlen keine Steuer auf Gewinneinkommen, Streichung der „Alternative Minimum Tax“ (Mindestabgabe für all jene Besserverdiener_innen, deren reguläre Steuerzahlungen eine gewisse Schranke unterschreiten würden) und der Erbschaftssteuer.

In Summe würden diese Einsparungen dem Fiskus 2015 ein Loch von 360 Mrd \$ in die Tasche reißen.

Kein Problem, schließen wir die Schlupflöcher!

Auf diesem Wege lassen sich dem TPC zufolge zwar große Summen lukrieren, allerdings werden Begünstigungen bei Gewinneinkommen nicht angetastet. Auch die Schlupflöcher im Bereich der Unternehmensbesteuerung kommen nicht infrage, da diese bestenfalls ausreichen um die

beabsichtigte Senkung der Unternehmenssteuersätze auszugleichen. Was bleibt also übrig und ist auch technisch machbar?

Vor allem Absetz- und Freibeträge für Familien, Kinder, Gesundheitsvorsorge, Fahrtkosten, Zinsen auf Hypotheken, Wohltätigkeit und Bildung stehen zur Disposition. Durch deren Streichung sind insgesamt bis zu 551 Mrd. \$ lukrierbar. Problem gelöst?

Nein,

denn in erster Linie kommen die zu kürzenden Steuerbefreiungen Familien ärmeren und mittleren Schichten zugute.

Auch die Annahme, dass zuerst nur die Begünstigungen von

Haushalten mit einem Einkommen von über 200 000\$ (etwa 5% der Bevölkerung) vollständig gestrichen würden, und erst danach die Befreiungen der verbleibenden 95% der Bevölkerung angetastet würden (solange, bis das Steuerpaket aufkommensneutral ist), kann nichts daran ändern, dass am Schluss netto die breite Masse geschoren wird.

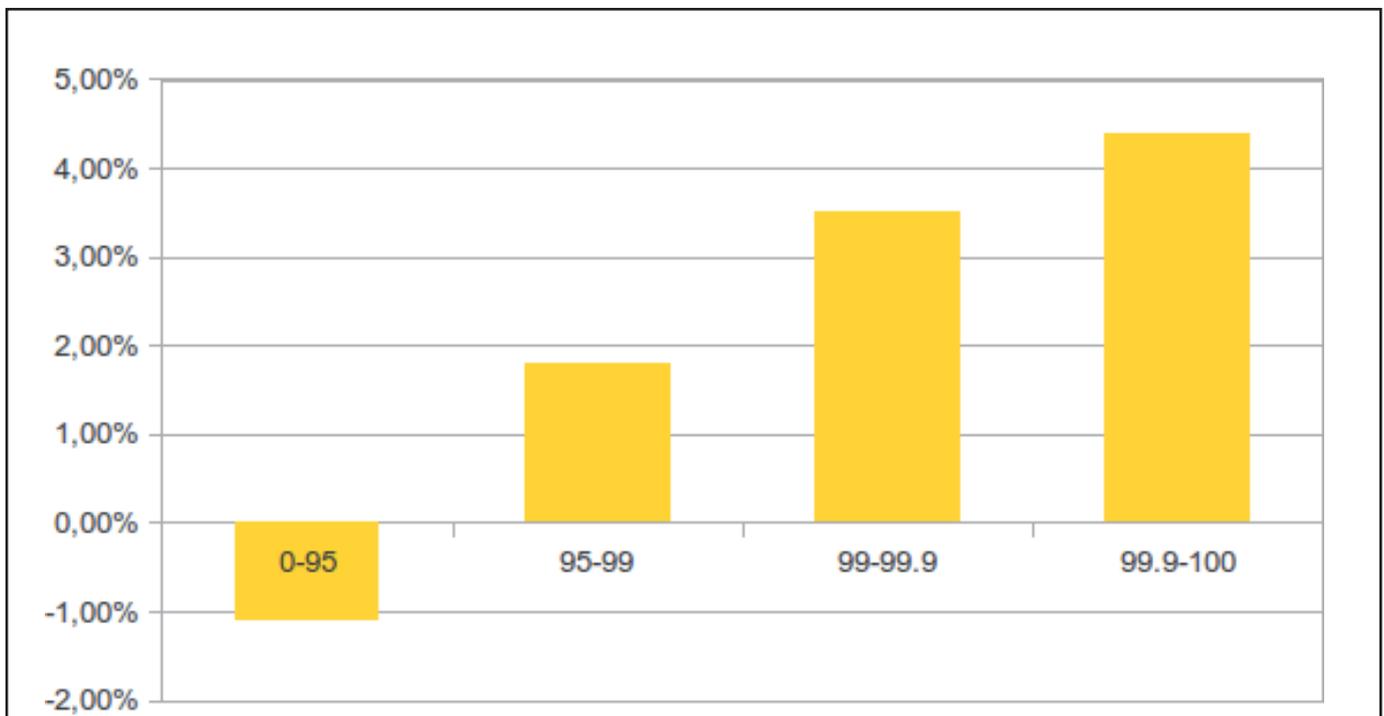
Selbst in diesem Fall würde nämlich die von den 5% der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen getragene Steuerlast um insgesamt 86 Mrd. \$ zurückgehen.

Dieser Betrag müsste dann, damit der Plan aufgeht, von anderen (ärmeren) Bewohnern übernommen werden. Welche Gruppen der verbleibenden 95% nun zur

Kasse gebeten werden, ändert nichts daran, dass es unter Ihnen Verlierer geben muss. Wer nun tatsächlich zu den Verlierern zählt, lässt sich leider nicht sagen. Dazu müsste Romney erst einmal Klartext sprechen, wessen heilige Kühe geschlachtet werden.

Ja, aber weniger Steuern = mehr Wachstum!

Ob eine Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Ausweitung der Steuerbasis noch positive Anreize für Wirtschaftswachstum bietet ist äußerst ungewiss. Eine Studie von Brill and Viard (2011) bezweifelt genau dies. Selbst sehr optimistische Wachstumsannahmen, basierend auf Modellen von Romneys Berater Gregory Mankiw, würden nicht ausreichen um eine Verschiebung der Steuerlast



Steuer-Befreiungen und Belastungen der Einkommensperzentile durch Romneys Steuerreform

zu verhindern.

Und es funktioniert doch: der Romney Koeffizient.

War es das jetzt? Ist Romneys Programm an kalter Logik gescheitert? Dem/r enttäuschten Republikaner_in kann geholfen werden. Solange Gott seine schützende Hand über Amerika hält, solange darf mensch auch unsinnigen Programmen Glauben schenken.

Während staatsvernarrte, sich intellektuell schimpfende, liberale Sozialisten folgende Gleichung problemlos anerkennen:

$$T = T_{pm} + T_r$$

T ... gesamter Steuerertrag,

T_{pm} ... von Armen und Mittelschicht aufgebracht Steuerertrag,

T_r ... von Reichen aufgebracht Steuerbetrag tun sie sich schwer folgende Schlussfolgerung zu ziehen:

$$T_{cons.}, T_{pm}^{cons.}, T_r^c < T_r \\ \Rightarrow T = T_{pm} + T_r$$

In Worten: Reiche können aufkommensneutral entlastet werden ohne andere stattdessen zu belasten.

Allen, die obiges Gleichheitszeichen nicht akzeptieren können sei in ihrer engstirnigen Sprache erklärt, wie mithilfe des Romney-Koeffizienten Cromney eine formale Lösung des Problems (das sich für den/die gläubige/n Republikaner_in gar nicht stellt) gefunden werden kann. Es gilt also fortan:

$$T = (T_{pm} + T_r) * C_{romney}$$

$$C_{romney} > 1.$$

Es wäre billig im Romney-Koeffizienten nur einen rechnerischen Trick sehen zu wollen. Nein, der Romney-Koeffizient basiert auf handfesten Grundwerten Amerikas. Auf der Liebe zur Freiheit, zu Gottes Geboten, zur Marktwirtschaft, zur Todesstrafe, auf der Liebe Amerikas zu sich selbst.

Diese Werte sind es, die allem einen Mehrwert über das herkömmliche Maß hinaus verleihen, was auch die Größe des Romney-Koeffizienten erklärt.

Nur weil diese Werte selbst für Menschen schwer messbar sind, heißt das nicht, dass sie keine messbaren Auswirkungen hätten. Schon der gute alte Hayek (2007) wusste, dass es „Fiktion“ ist, „daß die Faktoren, die sie messen können, die einzig relevanten sind.“ Gott schütze Amerika!

Weiterführende Literatur:

Besagte Studie des TPC. Brown S., Gale W. und Looney A.: On the Distributional Effects of Base-Broadening Income Tax Reform. Zu finden unter:

<http://www.taxpolicycenter.org/UploadedPDF/1001628-Base-Broadening-Tax-Reform.pdf>

Brill, Alex und Viard, Alan: The Benefits and Limitations of Income Tax Reform. Zu finden unter <http://www.aei.org/files/2011/09/27/TPO-Sept-2011.pdf>

Entfernt mit dem Thema verwandt:

Hayek, Friedrich August: „Die Anmaßung von Wissen“ In: Gesammelte Schriften, A1, Wirtschaftstheorie und Wissen, 2007.



Abb. 8: Herr, gib uns die Kraft, Mitts Weisheit zu erkennen!

Die Schildburg

Ein geheimes Laboratorium

Die Aufdeckerstory: Wie nichts ahnende Studierende Teil eines bahnbrechenden wissenschaftlichen Experiments wurden!

Wer die Studienrichtungsververtretung VWL sucht, muss sich bis in die hintersten Winkel der Uni Wien vorwagen – versteckt hinter dem Hörsaal 24 liegt sie, das Kammerl der VWL StudentInnen, die Schildburg. Beim ersten Betreten besagten Raumes springt eins sofort ins Auge: das Chaos. Gleich neben dem Eingang türmt sich das dreckige Geschirr, am Couchtisch sammeln sich die halbleeren und leeren Essensverpackungen und die Unordnung im angeschlossenen Computerraum ist mit Worten nicht zu beschreiben. Natürlich fragt sich ein_e jede_r, weshalb die Uni-Verwaltung nicht eingreift, wenn einer ihrer Räume derart verwahrlost. Kann es etwa sein, dass es einfach niemanden interessiert, wie die Studierenden hausen? Doch die Wahrheit ist weitaus komplexer – die Schildburg ist Kernstück eines genialen Plans, hinter dem das VWL-Institut steckt.

Der Homo-oeconomicus

Ziel ist es, endgültig den Beweis für eine der umstrittensten Prämissen der modernen volkswirtschaftlichen Theorie zu liefern: der Mensch sei ein rationaler

wechselseitig desinteressierter Egoist, der nur danach strebe, den eigenen Nutzen zu maximieren, kurz gesagt, ein Homo-oeconomicus. In den letzten Jahren ist diese Annahme der VWL immer wieder in Zweifel gezogen worden – unsinnigerweise, versteht sich. Nichts desto trotz sahen sich manche ÖkonomInnen genötigt, die fadenscheinigen Argumente der Zweifler zu entkräften und griffen zum Mittel des Experiments. In Labors wurden StudentInnen und andere Versuchspersonen vor gewisse Entscheidungen gestellt, um zu überprüfen, ob sich die Menschen tatsächlich so verhalten, wie es die ökonomische Theorie vorhersagt. Absurd aber wahr: die Versuchspersonen zeigen starke Tendenzen zu kooperativem Verhalten! Zwar gibt es auch einen gewissen Lerneffekt, und in manchen Versuchsanordnungen vermeiden die Versuchspersonen bald jegliche Kooperation, doch die Frage bleibt bestehen – was hat sie ursprünglich zur Kooperation bewogen? Kann es etwa sein, dass Menschen doch etwas komplexer agieren, als es die Ökonomie lehrt?

Doch wer garantiert, dass diese

Ergebnisse nicht zu Trugschlüssen verleiten? Wer Teil eines Experiments ist, weiß dass er oder sie beobachtet wird, und verfälscht nicht das das Verhalten? Altmodische gesellschaftliche Konventionen verpflichten den Menschen zur Kooperation, und wer sich dem nicht beugt, wird stigmatisiert. So gesehen ist es sehr unwahrscheinlich, dass sich Personen im Rahmen eines Experiments so unbefangen entscheiden, wie sie das im wirklichen Leben tun. Was fehlt sind also Beobachtungen des Verhaltens draußen. Diese könnten helfen, endlich alle verbliebenen Zweifel an der Theorie des Homo-oeconomicus auszuräumen.

Ein äußerst erfolgreiches Experiment

Hier kommen das VWL Institut und die Schildburg ins Spiel: ohne dass es die Studierenden ahnen, wird die Schildburg videoüberwacht. Ein geheimes Experiment ist am Laufen um zu analysieren wie viel Menschen tatsächlich freiwillig zu öffentlichen Gütern beitragen. Das öffentliche Gut ist die Sauberkeit der Schildburg, die Versuchspersonen alle VWL-Stu-

dierenden. Bis dato verläuft der Versuch für die Organisatoren, federführend sind die Professoren Tyron und Schlag, sehr zufriedenstellend. Keinerlei für die VWL unerklärliches kooperatives Verhalten konnte beobachtet werden. Zwar stand Mitte Oktober der Erfolg des Versuchs an der Kippe: Die Studierenden organisierten sich um gemeinsam die Schildburg aufzuräumen. Ein erster Termin wurde festgelegt, Sonntag der 14. Oktober um 12:00. Doch die Versuchsleiter konnten bald aufatmen: Sonntag um 12:00 fand sich eine einzige Studentin ein, um die Schildburg aufzuräumen. Diese besaß keinen Schlüssel und musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. Eine andere Studentin kam ca. eine Stunde später, zwar auch ohne Schlüssel, aber ein zufällig zur gleichen Zeit eintreffender Student sperrte ihr auf. Der Student verfolgte allerdings nicht die Absicht, aufzuräumen, und als die Studentin erkannte, dass sie ganz allein aufräumen müsste, beschloss sie kurzerhand, dieses Unterfangen sein zu lassen. Weitere Anwendungen kooperativen Verhaltens konnten durch die Versuchsleitung bis dato nicht beobachtet werden! Der Versuch ist ein voller Erfolg und der Beweis der These des Homo-oeconomicus ist somit erbracht!



Abb. 9: Schildburg. Status quo.

Welcher ökonomischen Schule gehörst du an?

Selbsttest für angehende Ökonom_innen

Der RBK ist stets darum bemüht, unseren Mitstudierenden Orientierung für ihren späteren Werdegang als Ökonom_innen zu geben. Dieser kurze Test soll einem_r jeden helfen, die eigene ideale Heimat zu finden. In der Testauswertung versuchen wir für jede ökonomische Schule die perfekte Berufslaufbahn zu skizzieren.

Der Test

1. Was kannst Du aus ökonomischer Sicht über Geld sagen?

*Geld ist irrelevant – der Unterschied zwischen Tausch- und Gebrauchswert ist relevant! - A

*Der Staat soll ruhig Geld drucken, denn das kurbelt die Wirtschaft an. - B

*Wenn ich spiele (Schach, Mensch ärgere dich nicht, Schwarzer Peter...), spiele ich prinzipiell nur um Geld, denn sonst hätte das Ganze ja kein Risiko und wäre vollkommen uninteressant. - C

*Die Kapitalakkumulation ist die Voraussetzung für solides Wirtschaftswachstum, deshalb sollte Geld stets hoch verzinst werden,

um die richtigen Anreize für die Leistungsträger der Gesellschaft zu schaffen. - D

2. Wie verpflegst du dich in der Nähe der Uni Wien?

*Essen ist kein Konsumgut sondern ein Grundrecht und man sollte dafür nicht bezahlen müssen! (Da die Gesellschaft aber noch nicht so weit ist, nimmst du momentan mit All you can eat-Angeboten vorlieb.) - A

*Das hängt ganz von deiner Budgetbeschränkung ab. Du stehst also vor einem Optimierungsproblem mit Nebenbedingung – das beste Essen mit dem Geld kaufen, dass du gerade hast. - B

*Du konstruierst die optimale Wahrscheinlichkeitsverteilung über die Lokale rund ums Schottentor (z.B. 50% McDonalds, 3% alles andere...) und lässt den Zufall entscheiden. Gott sei Dank gibt es mittlerweile eine Statistik-App fürs iPhone, und du musst nicht mehr aus Urnen ziehen! - C

*Du hast erkannt, dass es sich hier um ein strategisches Nullsummenspiel handelt: am liebsten gehst du mit freigeibigen Kollegen zum Deewan, schlägst dir ordentlich den Bauch voll und lässt diese direkt vor dir bezahlen. Wenn diese dann viel zahlen, glauben

die Kellner, diese hätten für Dich mitbezahlt, und wundern sich gar nicht, dass Du nichts hergibst. Auf diese Weise hast Du schon viel Geld gespart. - D

3. Wie stehst du zu Studiengebühren?

*Die Wirtschaftsuniversitäten sind bloß als Bildungseinrichtungen getarnte Organisationen zur kapitalistischen Indoktrinierung der Jugend und sollten umgehend abgeschafft werden! - A

*Besser für Österreich sind hunderttausend Student_innen mehr, als hunderttausend neue Arbeitslose! Studiengebühren sind sicher das falsche Mittel! - B

*Da der erwartete Nutzen Deines Studiums umso höher ist, desto weniger Akademiker es gibt, bist Du für die Einführung sehr hoher Studiengebühren, sobald Du die Universität verlassen hast. - C

*Studiengebühren sind absolut notwendig! Der einfache Pöbel schnappt einem ja bereits die guten Parkplätze vor der Uni weg! - D

4. Was bedeutet für dich Gerechtigkeit?

*Erst die klassenlose Gesellschaft

ist wahrhaft gerecht! – A

*Solange die Wirtschaft spurt, muss ich mir um Gerechtigkeit keine Sorgen machen. – B

*Gerechtigkeit ist ein normativer Begriff und lässt sich mathematisch nicht gut ausdrücken, was dir natürlich widerstrebt. Du bevorzugst die Pareto-Effizienz, denn diese ist für mathematische Beweise viel praktischer. – C

*Erst wenn die Tüchtigen der Gesellschaft auch die Früchte ihrer Leistung genießen können, und diese nicht mehr durch Steuern vaporisiert werden, leben wir in einer gerechten Welt. – D

5. Was ist für Dich die Kernaussage der VWL?

*Die VWL beweist, dass der Kapitalismus zum Scheitern verurteilt ist! – A

*Durch die richtige Politik kann der Staat die Arbeitslosigkeit minimieren. – B

*Der Mensch ist ein rationaler Nutzen maximierender Agent – C

*Die VWL beweist, dass nur völlig freie Märkte zu maximalem weltweiten Wohlstand führen! – D

Auflösung

Überwiegend A:

Du gehörst der altehrwürdigen Tradition der Marxist_innen an! Leider steckt deine Denkschule seit dem Zerfall der Sowjetunion in der Krise, und deine Betätigungsfelder sind etwas eingeschränkt. Allerdings werden in Nordkorea dringend Ökonom_innen gesucht.

Überwiegend B:

Du bist eindeutig Keynesianer_in. Deine Schule blickt auf eine äußerst erfolgreiche Geschichte zurück – Keynesianische Politik wurde in Europa seit Ende des zweiten Weltkriegs bis ca. in die 70er hinein verfolgt und nie gab es höheres Wirtschaftswachstum. Dank der Wirtschaftskrise erlebt ihr gerade ein Revival und alle Türen stehen Dir offen! (Die EZB könnte gerade ein paar Keynesianer_Innen gebrauchen!)

Überwiegend C:

Die Neoklassische Theorie hat es dir angetan. Somit bist du in universitären Kreisen gut aufgehoben – hier kannst du weiterhin mathematische Modelle entwerfen und musst dich nicht mit lästiger Empirie und der realen Welt herum-schlagen!

Überwiegend D:

Du bist marktgläubige_r Fundamentalist_in. Somit bist du für die Welt da draußen bestens gewappnet – es stellt sich eher die Frage, wie gut die Welt dich verkraften kann! Perfekter Beruf: Börsenspekulant, US-Republikaner oder Stronach.

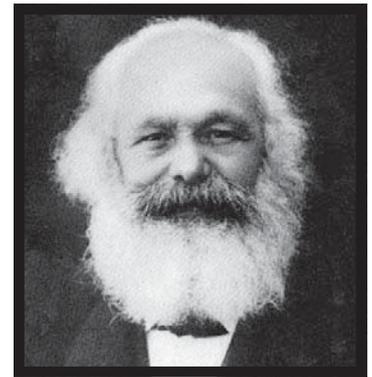


Abb. 10: Karl Marx (A)

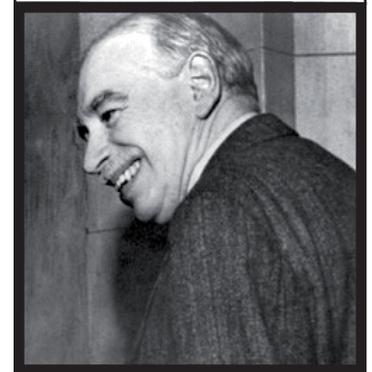


Abb. 11: J.M. Keynes (B)

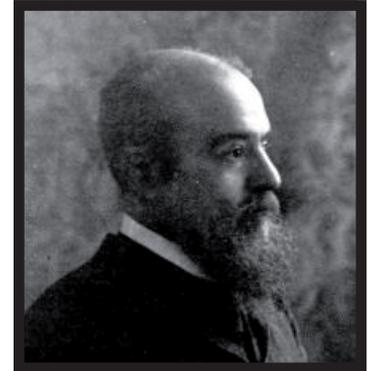


Abb. 12: Vilfredo Pareto (C)

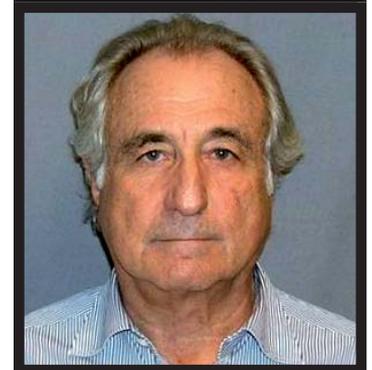


Abb. 13: Ein Banker (D)

Why Nations Fail

Eine Rezension

Diese Frage stellen sich die Ökonomen Daron Acemoglu und James Robinson und versuchen sie mittels ihrem populär wissenschaftlichem Buch über die „Institutionellen Ökonomie/Politik“ zu beantworten. In diesem Buch geht es darum, die große Differenz des Einkommens und des Lebensstandards zwischen den wohl Ländern der Welt wie USA, Großbritannien und Deutschland und den armen Ländern wie der Sub-Sahara, Zentralamerika und Südasien zu erklären. Liegt es an ihrer Kultur, am Wetter oder vielleicht doch an ihrer geografischen Lage? Vielleicht ist die Bevölkerung einfach nur ignorant gegenüber der richtigen Politik?

Die Antwort der Autoren auf diese Fragen ist mit einem simplen Nein zu beantworten. Die Erklärung, warum sich zum Beispiel Nord- und Südkorea, die kulturell und geographisch homogen sind, so unterschiedlich entwickelt haben, liegt in den von Menschen gemachten politischen und ökonomischen Institutionen, welche die Voraussetzung für ein erfolgreichen Staat (nicht) schaffen. So sind die NordkoreanerInnen eines der ärmsten Völker der Welt, während ihre Verwandten unter dem 45° Breitengrad zu den reichsten Ländern der Welt gehören. Diese im Süden lebenden Verwandten haben das Glück in

einem institutionellen Rahmen zu leben, wo Anreize für Innovation und Teilnahme am politischen Leben geschaffen wurde. Der ökonomische Erfolg leitet sich auch davon ab, dass die Politik gegenüber der Gesellschaft durch Wahlzyklen zur Rechenschaft gezogen wird. Dies ist leider im Norden nicht der Fall, die Bevölkerung muss sich inzwischen von der dritten Generation einer kleinen Elite quälen lassen. Diese Elite herrscht autoritär und lässt ihre BürgerInnen unter Institutionen verharren, die Hungersnot, Elend und politischer Repression erzeugen.

Acemoglu und Robinson verweisen zur Untermauerung ihrer Theorie der politischen Ökonomie auf eine Reihe von historischen Beispielen. Angefangen von den Mayas zählen sie im Laufe des Buchs die Geschichte des römischen Reichs, der Sowjetunion, Europas und vor allem Englands bis hin zur jener der USA und Afrikas auf. Gemeinsam erklären die beiden Autoren warum die Welt ist, wie sie ist. Und nicht zu vergessen, wie es sich für ein für jedermann geschriebenes Buch gehört, wird zum Schluss aufgeklärt was man tun sollte, um die Welt zu verbessern.

Nun hier fängt die Kritik an. Man wird das Gefühl nicht los, dass die

beiden versuchen, die Welt mit einer einzigen Theorie zu erklären. Es werden vehement alle anderen ökonomischen Erklärungen für falsch erklärt. Vor allem bei den Wirtschaftsgeographen à la Jeffrey Sachs (aber den mag ja angeblich keiner!) haben sich die beiden keine Freunde gemacht, ganz zu schweigen bei den Historikern (bis auf Niall Ferguson, dieser fühlt sich mit seinem Buch „Civilizations“ sogar bestätigt). Der Leser wird das Gefühl nicht los, es mit einem „Kult“-Buch zu tun zu haben, da vieles mittels „Institutionen“ erklärt wird und andere Erklärungswege kaum eine Rolle spielen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Unterschiede zwischen den Staaten nur über das GDP gemessen werden. Dieses ist allerdings kritisch zu beurteilen, da zum Beispiel Costa Rica ein GDP per capita (\$PPP) von 11,569\$ (rund ein Viertel der USA) aufweist, jedoch einen Wert von 64 beim Happy Planet Index erzielt und somit Nummer 1 auf der Welt ist .

Nun wer jetzt auf den Geschmack gekommen ist, das Buch selber zu lesen, muss das nicht alleine tun. Jede/r ist herzlichst eingeladen beim RBK-Lesekreis jeden Dienstag um 11:30 in der neuen Schildburg mitzumachen.

Euro Bonds

Anleihe 007

VS.



DR. NO

Schlagende Argumente

Ein Interview

Karl Schlag, Professor für Spieltheorie und Studienprogrammleiter der VWL im Gespräch.



Abb. 14: Prof. Karl Schlag

RBK: *Herr Prof. Schlag, was bedeutet für Sie Volkswirtschaftslehre?*

Schlag: Für mich ist Volkswirtschaftslehre die Möglichkeit, mich methodologisch ausdrücken zu können in Sachen die im Bereich Volkswirtschaft, Entscheidungs- und Spieltheorie oder Statistik liegen. Es geht also um die formalen Vorgehensweisen, um Fragestellungen zu bilden, die entweder direkt der Volkswirtschaft über Makro oder Mikro zugeordnet oder allgemeiner Natur sind. Das Formale gefällt mir.

Was soll Volkswirtschaftslehre an der Uni Wien konkret sein?

Nun ich will erst mal sagen, was meine Aufgabe ist: Viele andere sind „wirkliche“ Ökonom_innen, die sich z.B. über die Krise informieren und wirklich die Welt verändern wollen. Meine Aufgabe ist es, ihnen zu helfen, damit sie dies besser machen können, sei es durch statistische oder spieltheoretische Verfahren. Und zur Aufgabe der Volkswirtschaft: Da draußen gilt es fundierte Entscheidungen zu treffen. Die richtigen Entscheidungen werden aber nicht in einer Vorlesung gelehrt. Man sollte die Vorlesung als Benchmark im Kopf haben. Ich will schon die Welt verbessern, aber indem ich junge Menschen unterrichte, die dann rausgehen und die Welt verbessern, auch durch die erlernten Methoden.

Worin sehen Sie die Rolle der Spieltheorie?

Ich verwende nicht nur die Spieltheorie, ich mache auch viel Statistik. Ich kann nachweisen, dass gewisse Ergebnisse nicht so statistisch signifikant sind, wie man denkt. Und das sagt viel aus über die Analysen, die man uns verkaufen will. Spieltheorie hilft bei Entscheidungen. Man überlegt sich, worum geht es wirklich, wer sind die anderen Leute, die Ent-

scheidungen treffen, welche Rolle spielt Information, etc.. Das hilft wirklich sehr viel. Ich habe viele E-Mails von Leuten bekommen, die, nachdem sie meine VOs besucht haben, mir erzählt haben, wie sie erlernte Methoden im „wirklichen Leben“ anwenden.

Heißt das, an der Uni Wien sollen weiterhin Methoden im Mittelpunkt stehen? Haben Sie diesbezügliche ein Art Vision von der Entwicklung des Instituts?

Ich finde nicht, dass die Methoden im Vordergrund stehen. Methoden sind eine Möglichkeit, um zu begründen was man machen will und um gewisse Benchmarks zu erstellen, damit man weiß, worüber man redet. Es geht um eine Art des fundierten Argumentierens. Aber das heißt nicht - und das wird immer falsch verstanden - man nimmt Modelle um dann Politik aufgrund von Aussagen dieser Modelle zu machen. Es wäre z.B. falsch zu sagen, dass wenn der Preis rauf geht, die Nachfrage zurückgehen muss. Richtig wäre es zu sagen, ich erwarte, dass sie zurückgeht, aber dass dem immer so ist, stimmt einfach nicht. Die Uni Wien würde ich deshalb methodisch nicht anders einordnen als andere Unis. Die Frage ist, will man einfach reden oder will man

etwas fundiert besprechen? Und so hat sich die Welt geeinigt, dass in der Volkswirtschaftslehre Letzteres gemacht wird. Da passt sich die Uni Wien ein. Aber jede_r ist frei für andere Ideen, jede_r kann Revoluzzer_in sein. Aber man muss schon wissen warum manche Wachstum für wichtig halten. Man sollte nicht aus der Vorlesung rausgehen und sagen: „Wachstum ist wichtig.“ Man muss wissen welche Argumente es gibt.

Man gewinnt allerdings leicht den Eindruck, die VWL an der Uni Wien würde einen methodisch und theoretisch einseitigen Zugang wählen!

Das ist richtig. Den Eindruck hat man. Wir wollen das auch verbessern. Wir planen die Kurse sehr viel mehr catchy zu machen. Wir wollen die Inhalte angewandter machen. Ich denke auch bei Methoden muss man die Inhalte von aktuellen Entwicklungen, zum Beispiel von der Krise, abhängig machen. Aber der Grund, weshalb wir sehr viel an Theorie haben, ist, dass man sich sehr viel aneignen muss, bevor man Zusammenhänge verstehen kann. Wenn man ein Auto reparieren will, muss man auch sehr viel über den Motor lernen.

Haben wir im Vergleich zu richtig guten Unis auch ein Problem mit Größe?

Nein, viele Institute sind so klein. Man kann eine kleine Uni gut aufziehen. Professor_innen von anderen Unis haben uns zugeprochen, dass wir tolle Arbeit

machen, was Themen und Vorlesungen betrifft. Wir können alles anbieten, was gemacht werden muss. Wir wollen jetzt auch mit Finance zusammenarbeiten, das ist sehr wichtig heutzutage. Wir werden numerische Methoden in Makro einbinden, das ist sehr modern. Wir sind neu aufgestellt, können ein modernes Studium anbieten und haben gute Leute für die Lehre.

Aber es passiert wenig Reflexion über die Theorien im Zuge des Studiums!

Ja das ist gut möglich. Die Frage ist erstens, wo ist der Platz dafür? Und zweitens muss man Grundkenntnisse haben, um reflektieren zu können. Das in der Vorlesung gelernte sollte, wie gesagt, als Benchmark dienen. Daneben sollte man in jeder Vorlesung die Möglichkeit haben, zu sagen, wo ist die Theorie und wo sind die Abweichungen. Aber am Beispiel Experimentalökonomie: Da stimmt euer Vorwurf nicht. Wir haben zwei neue Professoren die Experimentalökonomie und dadurch eben genau keine Theorie machen. Sie zeigen wie sich Leute wirklich verhalten. Auch in meinen Spieltheorie-Vorlesungen zeige ich oft, wie sich Leute wirklich verhalten. Aber sicher ist es so, dass manche bloß die Theorie präsentieren und sagen: „So ist das!“ Da muss man daran arbeiten. Wo Platz ist für viel Reflexion, ist in diesen freien Vorlesungen, die ihr organisiert (Selbstorganisierte Lehrveranstaltungen SOLV, Anm.). Reflektieren kann man im Rahmen der Bachelorarbeiten. Jede BA-Arbeit kann kritisch

sein. Das und Experimentalökonomie sind die Foren, wo man, wenn man das Wissen hat, gegenargumentieren kann.

Themenwechsel: Was halten Sie von der gegenwärtigen Diskussion um Zugangsbeschränkungen in den Wirtschaftswissenschaften?

Das Problem für uns Volkswirt_innen, ist, dass wir keine Zugangsbeschränkungen haben wollen, die die Wirtschaftswissenschaften sie aber wegen BWL braucht, da es der Fakultät zu folge zu viele BWL-Student_innen gibt. In Österreich geht es darum, dass jede_r mitmachen kann, das ist eine tolle Sache und anders als an allen Unis, an denen ich bis jetzt war. Das sollte man beibehalten. Zugangsbeschränkungen sind da eine Maßnahme in die entgegengesetzte Richtung. Wir haben Kapazitäten, die Menschen sollen kommen. Wir haben ein riesen Problem, dass die Leute nach der StEOP nicht weitermachen. Die StEOP macht den Studierenden Angst. Wir haben versucht das heuer zu ändern, aber wir wissen nicht, ob wir Erfolg haben werden. Wir haben zu wenig Studierende, nicht zu viele. Deswegen wären Zugangsbeschränkungen für uns VWLer_innen nicht richtig.

Wie war das als Sie studiert haben?

Ich habe Mathe studiert, da gab es keine Zugangsbeschränkungen. Es gibt Vor- und Nachteile von einer elitären Situation mit starken Zugangsbeschränkungen. Es muss Unis geben, die welche haben und welche die keine haben.

Eine Aufgabe hier, die mich als SPL betrifft, ist die der Anerkennungen. Wir haben viele Studierende aus Osteuropa, die hier studieren und ich finde das toll. Das sollte man zulassen. Vielleicht braucht es ein paar elitäre Unis, aber es sollten nicht alle so sein.

Sie haben ja in den USA studiert?

Richtig, ich habe dort den Doktor gemacht. Ich will zum Beispiel mehr schriftliche Arbeiten haben, weil das in den USA gut funktioniert. Studierende sind dort daran gewöhnt, Hausübungen zu bekommen. Das ist zwar viel Arbeit, aber die Studierenden lernen, dabei sich auszudrücken und das ist toll. Studierende kommen viel reifer aus dem Studium heraus. Sonst ist die Offenheit der Uni und die Zugänglichkeit der Professor_innen in den USA toll. Es ist sehr viel relaxter. Wenn jemand Kritik hat, dann kann diese einfach angebracht werden, ohne irgendwelche Gremien zu brauchen. Was auch ganz gut ist, ist dass die Leute, die forschen, wirklich forschen wollen. In Europa ist eine Professur halt doch ein sehr gemüthlicher Job, wie bei Beamten_innen. In den USA merkt man, dass gute Forschung gemacht wird aus einem notwendigen Druck heraus. Es gibt viel Wettbewerb mit Teachingevaluation und wer schlecht unterrichtet kriegt einen drauf. Es gibt ein gutes Leistungsprinzip. Ich habe als Phd-Student unterrichtet und musste den MA-Studierenden wirklich was bieten, sonst haben sie geschimpft. Aber gleichzeitig war es ihnen peinlich, wenn sie Hausübungen vergessen haben. Klar zahlen sie auch viel

Geld, aber es ist gut, dass beide Seiten sehr diszipliniert sind. Die Studierenden sind mit Elan bei der Sache und die Professor_innen werden quasi bestraft, wenn sie keine guten Vorlesungen bieten.

Die Feiargesellschaft in den Colleges ist eine große Sache, es sind nicht nur lauter Streber_innen. Aber es ist eine ganz andere Art Studierende.

Wir haben schon oft Beschwerden bekommen, dass unser Unisystem zu verschult und in diesem Sinne amerikanisiert wird. Stimmen Sie dem zu?

Amerikanisiert ist nicht unbedingt verschult. Amerikanisiert bedeutet, dass es gute Einführungstage ins Studienleben gibt. Genauso hängen überall Fahnen, den Leuten wird eine Identität verkauft. Hier ist jede_r allein und für sich. Das Amerikanische machen auch Sportwettbewerbe aus, auch das ist nicht verschult. Da würden wir hier am Institut sofort eine Mannschaft von irgendwas haben und gegen die Studierenden spielen. Das Leben ist dort eine Gaudi. Amerikanisiert bedeutet Anreize geben. Ist das verschult? Wenn ich in Amerika eine schlechte Vorlesung mache, bekomme ich weniger bezahlt, hier nicht. Das einzige was verschult ist, ist dieser Druck, dass man mit Hausaufgaben zgedröhnt wird. Aber das war bei mir in Mathematik in München auch so: ich musste auch das ganze Wochenende arbeiten. Von Freitag auf Montag 20 Seiten abgeben, das ist ein bisschen blöd in Amerika, ja. Aber sonst glaube ich, dass der

Eindruck aus den USA falsch ist. Ich bin gerne hier, denn dort herrscht sogar zu viel Druck. Ich will etwas Großes erforschen und mich nicht dauernd rechtfertigen müssen, wie in Amerika. Ich mag das Gemüthliche hier sehr. Aber ich hätte schon gerne Studierende, die sich bemühen und an Regeln halten

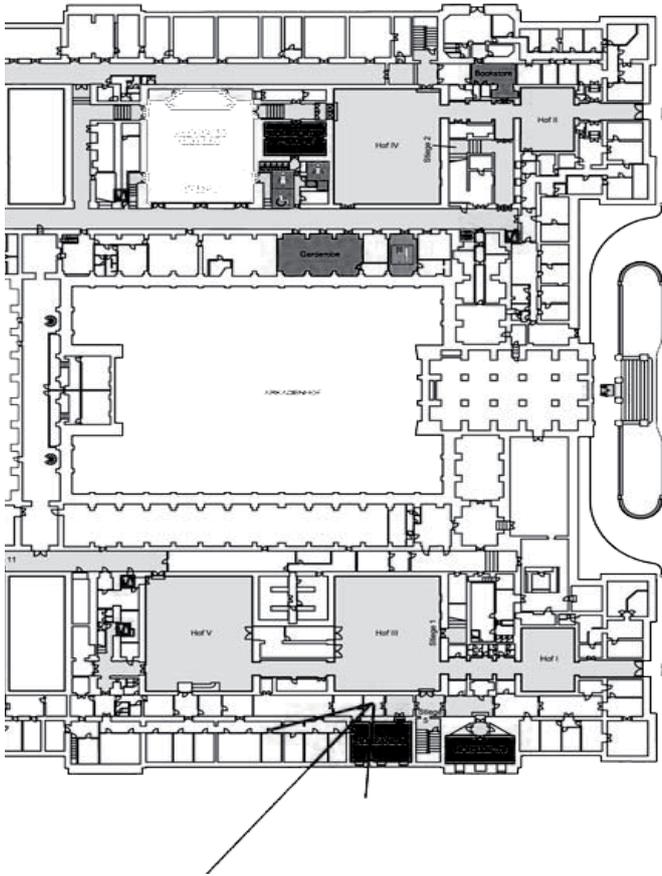
Abschließend, wie sehen Sie die Rolle des RBKs im Institutsgeschehen?

Wie ihr ja gesehen habt, habe ich sofort am Anfang den Kontakt gesucht und ich sehe für euch genauso wie für uns, die Aufgaben den Studierenden zu helfen. Ein Kollege von euch hat sich neulich beschwert, ihr würdet immer in Minderheit in Kommissionen sein. Da habe ich gesagt: „Falsch, du bist die Mehrheit mit mir!“ Es gibt nichts Wichtigeres als eure Aufgabe, auch bei den Änderungen, die ich jetzt vorhabe. Wenn ihr mir nicht helft, dann schaff ich das nicht und gebe es auch auf. Ich habe von Anfang an gesagt, ich brauche zwei Sachen für diese Stelle. Nämlich Leute wie euch, die ich sympathisch finde und die mir helfen und da sind, auch am Wochenende, und zweitens Sekretariatshilfe. Sonst hätte ich das nicht gemacht.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	S.5	Abbildung 11	S.23
Copyright: chocolate monster mel (Creative Commons), http://www.photoree.com/photos/permalink/48991-70133391@N00		Copyright: IMF (Public Domain), http://www.imf.org/external/np/adm/pictures/images/hwmkm.jpg	
Abbildung 2	S.7	Abbildung 12	S.23
Copyright: Dennis Mojado - http://photography.mojado.com/archives/2005/03/03/crisis_my_ass.php		Copyright: GNU Free Documentation License, http://en.wikipedia.org/wiki/File:Vilfredo_Pareto.jpg	
Abbildung 3	S.10	Abbildung 13	S.23
Copyright: Iman Al-Dabbagh (Creative Commons), http://abrahamchronicles.com/wp-content/uploads/2012/02/graduation-570x331.jpg		Copyright: U.S. Department of Justice (Public Domain), http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a4/BernardMadoff.jpg	
Abbildung 4	S.13	Abbildung 14	S.26
Copyright: MKitzberger Productions (RBK)		Copyright: Universität Wien, http://homepage.univie.ac.at/karl.schlag/karlschlag_m.JPG	
Abbildung 5	S.14		
Copyright: MKitzberger Productions (RBK)			
Abbildung 6	S.16		
Copyright: flightlog (Creative Commons), http://www.flickr.com/photos/flightlog/8125758151/			
Abbildung 7	S.17		
Copyright: Gage Skidmore (Creative Commons), http://en.wikipedia.org/wiki/File:Paul_Ryan_by_Gage_Skidmore_2.jpg			
Abbildung 8	S.19		
Copyright: hpeley3 (Creative Commons), http://www.flickr.com/photos/hpeley3/3504265592/			
Abbildung 9	S.21		
Copyright: FDellinger Productions (RBK)			
Abbildung 10	S.23		
Copyright: gemeinfrei, http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a2/Marx_old.jpg			

Persönliche Erreichbarkeit



Die Schildburg befindet sich im Uni-Hauptgebäude (Universitätsring 1), Tiefparterre rechts an der Stiege 5 (beim Hörsaal 24) im Hof 3.

Journaldienste im Wintersemester 2012:

Montag 10 – 12 Uhr

Dienstag 12 – 13.30

Mittwoch 10 – 11.30 Uhr

Auch außerhalb der Journaldienstzeiten wird sich meistens ein_e hilfsbereite_e Student_in in der Schildburg finden.

Erreichbarkeit und Infos

Der Rote Börsenkrach / StV VWL

Hauptgebäude, Universität Wien,
Universitätsring 1,
1010 Wien

Tel: +43-1- 4277-19 632

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: stvvwl@univie.ac.at

Der Name „Der Rote Börsenkrach“ (RBK) bezeichnet nicht nur diese Zeitung, sondern ist auch der Name der Basisgruppe VWL an der WiWi-Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gibt für Alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, die Möglichkeit zum offenen Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

Plenumstermin:

Montag 18h30 - Schildburg